

Landtagssitzung vom 17. Februar 1947

Konferenzzimmersitzung.

Beginn: 9 Uhr 15

Anwesend: Alle Abgeordneten mit Ausnahme von Abg. Schädler für welchen Ers. Abg. Marxer Mauren anwesend ist und Präsident Strub, für welchen Ers. Abg. Risch Schaan der Sitzung beiwohnt.

V. Präs. Dr. Ritter: Ich eröffne die heutige Sitzung in Vertretung des Präsidenten Strub, welcher sich z.Z. auf einer Auslandsreise befindet und begrüsse die Herren bestens. Ich möchte den Schriftführer ersuchen, die rückständigen Protokolle zu verlesen.

Die folgenden Protokolle werden verlesen und unter Einbezug der verzeichneten Korrekturen gutgeheissen.

1. Protokoll vom 29. Oktober 1946 ab Seite 16

Das Protokoll erfährt keine Korrektur.

2. Protokoll vom 5. November 1946

Korrekturen:

Seite 1/Reg. Chef/Zeile 18 soll es statt Dr. Werder - Dr. Gerber heissen.

Seite 1/Titel soll lauten " Landtagsitzung vom

Seite 3/10. Zeile soll lauten: mit der Steuerverwaltung und Bundesrat Nobs.

Seite 4/1. Zeile soll lauten statt das Fin. Dep. - die Direktion der Steuerverwaltung.

3. Protokoll vom 18. Dezember 1946

Seite 4/ nach dem 7. Absatz wird die Erwiderung von Abg. Kindle noch ergänzend nachgeführt.

Seite 5/14 Absatz soll lauten:

Reg. Chef: Das Land sollte doch irgend einen Einfluss ausüben können auf die Gestaltung der Statuten.

Seite 7/Dr. Rigoletth/ 4. Zeile soll lauten: mit einem entsprechenden Abzug von 4 - 5% des Eigenkapitals.

Seite 10/Abg. Sele/8. Zeile soll heissen: bei Fr. 400'000 Vermögen

4. Protokoll vom 19. Dezember 1946

Seite 1/4. Zeile soll statt Tagesordnung - Sitzung heissen.

Seite 2/5. Abs. soll heissen: Ihr habt zu Unrecht und gesetzwidrig diesen Beschluss in der Regierung gefasst.

Seite 7/4. unterster Abs./Wachter/2. Zeile soll lauten: er hat auch gar keine Fähigkeiten um die Sache den Leuten klar vor Augen zu führen, so kommt er immer und immerwieder mit seinen Morgen statt Klaftern, womit er direkt abstossend wirkt.

Seite 9/4. unterster Abschnitt/ 3. Zeile soll für Vielfältig-zahlreich eingesetzt werden.

5. Protokoll vom 21. Dezember 1946 /in Ordnung

6. Protokoll vom 27. Dezember 1946

S.3/Abs.5/Chef/1.Z. soll heissen: dass das Konto des liecht. Roten Kreuzes u.s.w.

S.5/3.unt.Abs./Kindle/3.4 soll heissen: und wofür er als Gegenwert Marken nach dem Katalogwert Jvert wieder dem Postmuseum einverleibte.

Seite 7/6.Abs./Präs./4. Z. soll lauten: mit den Funktionen eines Kurators des Postmuseums ...

S.7/3. unt. Abs. soll lauten: Abkommen über die internationale Luftschiff-Fahrt.

S.8/unterster Abs./Z.4 soll lauten: Gamprin und Bändern beschwerten sich.

S.9/8.Ab./Hasler/3.Zeile soll statt beschlossen- Begonnen eingesetzt werden.

S.10/3.unt. Abs./1.Z. soll es statt Riedstrassen - Strassen heissen.

S.12/3.Abs./4.Z. soll statt Rheinerhöhung - Rheinwahrerhöhung heissen.

7. Protokoll vom 5. Februar 1947

S.1/ 2.unt. Abs./Wachter/ soll statt Tagesordnung - Sitzung eingesetzt werden.

S.3/2.Z. soll statt Anleihe - Dotationskapital heissen.

S.4/2.unt. Abs. soll statt Anleihe - Beteiligung eing. werden.

S.6/2.Abs. soll statt des Landes - des Hauses heissen.

Zolldienst:

Reg. Chef: In einer der letzten Landtagsitzungen wurde die Anregung gemacht, es möge versucht werden, wiederum einige Liechtensteiner im Zolldienst unter zu bringen. Ich habe mich diesbez. mit Oberzolldir. Furrer in Verbindung gesetzt betr. der Neueinstellung von Liechtensteinern. Es wurde mir dann versprochen, dass die Sache studiert werde

Betr. Postautoüberfüllung:

Reg. Chef: Betr. der Haftung der Versicherung bei überfüllten Postautos kann ich mitteilen, dass die Versicherung auch für Unfälle bei überfüllten Postautos haftet. Die Wagen sind im Verhältnis der Einnahmen 2/3 versichert. Ich habe mich im übrigen betr. den Ueberfüllungen mit St. Gallen in Verbindung gesetzt, diese sind der Ansicht, dass gelegentliche Ueberfüllungen tolleriert werden müssen, hingegen bei Kursen mit ständiger Ueberfüllung soll eben ein 2. Wagen fahren.

Abg. Kindle: Wegen gelegentlicher Ueberfüllung würde niemand etwas sagen, aber speziell am abend sind die Wagen durchwegs stark überfüllt.

Reg. Chef: Es kann gesagt werden, dass die diesbez. Verhältnisse sich im Unterland gut gebessert haben, im Oberland jedoch nicht. Frommelt wird jedoch nunmehr strikte Weisungen erhalten.

Abg. Sele: Bei der letzten Sitzung des Arbeiterausschusses wurde mir mitgeteilt, dass diese Sache noch nicht klappe, auch im Unterland nicht.

Abg. Hoop: Im Unterland ist eine bedeutende Besserung eingetreten indem bei schlechtem Wetter der Kurs doppelt gefahren wird.

Abg. Dr. Ritter: Sehr wichtig ist, dass die Versicherung in Ordnung ist auch bei überfüllten Wagen.

Reg. Chef: Wie bereits gesagt, wird für die Versicherungsprämie für jeden Wagen separat abgerechnet und ein prozentualer Betrag für die Versicherung bezahlt, was mir von der Versicherung direkt bestätigt wurde.

Kurator-Angelegenheit Sieger:

Reg. Chef: In der Kuratorangelegenheit Sieger ist auf unser Schreiben heute eine Note von der Gesandtschaft eingelangt.

Note wird vorgelesen.

Sieger hat somit nicht im Sinne als Kurator des Postmuseums zurückzutreten, er sehe keine Veranlassung hiezu.

Betr. Luftfahrtabkommen: Beitritt u.s.w.

Reg. Chef: In dieser Angelegenheit haben wir die Gesandtschaft beauftragt, mit den Schweizerstellen Fühlung zu nehmen. Der Gesandte hatte dann eine Besprechung mit Legationssekretär Schnider wobei sich u.a. herausstellte, dass für ein Mitgliedstaat mindestens eine Einheit als Jahresbeitrag in Anrechnung kommen würde, das wäre also mindestens Fr. 30'000.-, mit diesem Beitrag ist z.B. Luxemburg notiert. Im übrigen wird durch das Abkommen beabsichtigt, Flugplätze auf ~~dem~~ Ozean zu errichten * Inseln mit Radar-Stationen u.s.w. was natürlich eine Unsumme Geld verschlingen wird. Legationssekr. Schnyder war dann der Ansicht, Liechtenstein möge das Abkommen als für Liechtenstein auch geltend ~~annehmen~~ annehmen im Rahmen des Schweizerischen Beitrittes zum Abkommen, so würde das Land um unübersehbare Auslagen herkommen.

* der Strasse nach Schellenberg

Strassen im Unterland:

Reg. Chef: Was die Strassen im Unterland anbelangt, möchte ich zur Kenntnis bringen, dass nunmehr ein generelles Projekt* vorliegt. Nächstens soll eine Konferenz mit den Unterländer-Gemeindevorstehern stattfinden zwecks Aussprache und Abklärung dieser Sachen, es sollte hiebei wenn möglich die Strasse Schellenberg festgelegt werden. Betr. der Strasse Kohlplatz ist zu sagen, dass das Bauamt diesbez. noch Verhandlungen mit der Gemeinde Eschen führt.

Polizei stellen-Ausschreibungen:

Reg. Chef: Letzthin wurden bei mir die Polizisten Marner und Frick vorstellig und ersuchten um Auskunft, ob sie als definitiv angestellte Polizisten betrachtet werden oder ob sie dies nicht seien. In diesem Fall würden Sie sich um die ausgeschriebenen Stellen bewerben. Der Landtag möge sich hierzu äussern.

Abg. Dr. Ritter: Ich glaube der Landtag war einhellig der Meinung, dass Frick und Marner dem Antrag der Regierung gemäss für den Dienst beibehalten werden.

Abg. Hoop: Meines Wissens besteht ein Landtagsbeschluss aus dem Jahre 1944 wonach das Anstellungsverhältnis dieser 2 damaligen Hilfspolizisten so geregelt wurde, dass sie definitiv angestellt werden und baldmöglichst zu Ausbildungskursen von 2 bis 3 Monaten nach St. Gallen gesandt werden.

Abg. Kindle: Es soll in dieser Sache eine klare Sicht geschaffen werden. Hat die damalige ~~Regierung~~ beschlossen, 4 Polizisten anzustellen oder hat sie nur 2 Hipo zur Dienstleistung herangezogen bis die 2 angestellten Polizisten von der Ausbildung zurück kommen?

x Landtag

Abg. Hoop: Das betr. Landtagsprotokoll soll eingesehen werden. Es wurde beschlossen, 2 Polizisten zur Ausbildung zu schicken und 2 Hipo fest anzustellen und diese dann nachträglich ausbilden lassen.

Abg. Dr. Ritter: Anhand des diesbez. Protokolles aus dem Jahre 1944 soll die Sache festgestellt werden. Wenn aus diesem nicht klar ersichtlich ist, ob Frick und Marner definitiv angestellt sind, möge die Regierung an den Landtag einen diesbez. Antrag stellen. Der Landtag müsste sodann einen formellen Beschluss fassen.

Betr. Protokoll vom 5. Februar 1947

V.Präs. Dr. Ritter: Auf Auftrag von V.Chef Nigg hat der Schriftführer das Protokoll vom 5.2.47. so abgefasst, dass der Name des Geldgebers nicht aufscheint. Der Landtag möge sich dazu äussern, ob er damit einverstanden ist, dass der Geldgeber nicht mit Namen aufscheint.

Abg. Kindle: Ich weiss nicht was für Gründe dafür sprechen, dass der Name des Geldgebers nicht aufscheinen soll.

V.Chef Nigg: Der Direktor der Sparkassa hat mich ersucht, dafür besorgt zu sein, dass unter keinen Umständen der Name des Geldgebers irgendwo aufscheinen wird. Ich habe dann die diesbez. Weisung an den Schriftführer gegeben.

V.Präs. Dr. Ritter: Ich lasse daher abstimmen, ob der Landtag damit einverstanden ist, dass der Name des Geldgebers für die Erhöhung des Dotationskapitals der Sparkassa nicht genannt wird. Wer damit einverstanden ist, möge dies durch Handerheben bekannt geben.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen ja.

V.Präs. Dr. Ritter: Meine Herren, da die Zeit schon vorgeschritten ist, können wir auf die eigentliche Tagesordnung nicht mehr eingehen. Ich pers. hätte die Bitte, dass wir die Sitzung um 5 Uhr schliessen, da ich noch geschäftlich zu tun habe. Ich möchte jedoch die Gelegenheit benützen und die Herren der Regierung bitten, uns über die verschiedenen pendenten Angelegenheiten noch zu berichten, so über die Angelegenheit Sieger, die Frage der Geldbeschaffung und über die Ergebnisse der Verhandlungen in Bern.

für das Laminaverk

Reg. Chef Frick: Ich habe bereits am Vormittag die erhaltene Note von Sieger kurz gestreift und möchte sie nochmals zur Kenntnis bringen, sie hat folgenden Wortlaut:

Note wird vorgelesen

Sieger möchte nicht, dass ein anderer als Kurator angestellt würde, er verzichtet also auf das Amt auf keinen Fall. Ich glaube jedoch, dass diese Einstellung an dem was der Landtag beschlossen hat, nichts ändert, indem in der Zwischenzeit der verbleibende Kurator die Geschäfte des Postmuseums zu erledigen hat. Einen 2. Kurator bestellen können wir hingegen nicht, mit dieser Sache muss zugewartet werden.

V.Präs. Dr. Ritter: Stimmt es dass Sieger für die Schweiz und Liechtenstein Einreisesperre hat ?

V.Chef Nigg: Ja, und zwar auf unbestimmte Zeit wahrscheinlich da er des Verbotenen Nachrichtendienstes verdächtig war.

V.Präs. Dr. Ritter: Man wird Mittel und Wege suchen müssen, um die Sache anderweitig zu erledigen.

Abg. Sele: Vom Ablauf der ganzen Geschichte Sieger bin ich nicht ganz befriedigt. Bei der letztthin stattgefundenen Gerichtsverhandlung haben die Herren zugegeben, dass ein Teil der Pakete die über die Grenze sind, Bestände aus dem Privatbesitz Siegers enthielten. Es wäre nun im Interesse des Landes zu wissen, was ist Siegersache und was gehört dem Lande.

Reg. Chef Frick: Auf Grund der versch. Debatten im Landtag habe ich an alt-Regierungschef ~~platinen~~ Br. Hoop geschrieben, er möchte sich dazu äussern und uns klaren Wein darüber einschenken, was von den hereingebrachten Marken Siegerscher Besitz sei. Wir wären nämlich verpflichtet, das Vermögen Siegers bei der Verrechnungsstelle anzumelden, auf Grund der Anmeldepflicht der deutschen Vermögenswerte. Alt-Reg.Chef Dr. Hoop gibt dann zur Antwort, dass die hereingebrachten Marken dazu bestimmt seien, dass sie dem Postmuseum übergeben werden sollen, ob darunter noch pers. Eigentum von Sieger sei, wisse er auch nicht. Die Regierungsräte Hoop und Wille und Wachtm. Brunhart haben s.Z. geschaut, was in den Paketen sich befindet, haben hierüber Protokoll geführt und die Pakete wieder versiegelt. Worauf diese Pakete separat aufbewahrt wurden und behalten werden, vorläufig als Sicherung für unsere Forderung. Es ist uns daher auch nicht möglich, irgend eine Anmeldung bei der Verrechnungsstelle für Deutsche Vermögenswerte durchzuführen, auf der anderen Seite möchte ich nicht die Hand bieten, um ein alliirtes Gesetz zu umgehen, woraus dem Land noch Schwierigkeiten entstehen könnten

Abg. H. Brunhart: Solange wir nicht wissen, was Sieger gehört und was dem Land können wir keine Anmeldung von Deutschem Vermögen machen.

Reg. Chef: Die Regierung kann sich auf den Standpunkt stellen, dass die Sendung dem Land (Postmuseum) gehört, auf Grund der Zollquittungen, Belege u.s.w.

V. Präs. Dr. Ritter: Ist der ganze Inhalt der Pakete aufgenommen worden ?

Reg. Chef: Was Liechtensteiner-Sachen sind, ja - die anderen nicht.

V. Präs. Dr. Ritter: Es besteht nun die Frage, ob versch. Marken durch die lange diesbez. Lagerung Schaden leiden oder nicht.

Abg. Kindle: Die Marken müssten anders verpackt werden, wenn sie länger liegen bleiben würden. Nicht dass Sieger später noch Schadenersatzansprüche an das Land für verdorbene Marken stellen könnte.

Abg. Hoop: Beim Öffnen war Postmeister Bühler dabei, dieser sagte, dass wir kein Recht hätten, die Pakete zu öffnen wenn nicht Sieger dabei sei. Ich glaube daher nicht, dass Sieger für schadhafte Marken Schadenersatzansprüche stellen könnte, die Uebergabe der Marken ist ja noch nicht erfolgt.

Abg. Kindle: Sieger kann sich auf den Standpunkt stellen, hättet ihr die Marken dem Postmeister Bühler gelassen, dann wäre nichts verdorben. *auf jeden Fall möge Hilfe nachschauen, ob die Marken trocken & gut gelagert sind.*

Reg. Chef: Ich bin nicht der Ansicht, dass viel mit den Marken passieren kann, denn sie sind trocken aufbewahrt.

V. Präs. Dr. Ritter: Ich glaube, es führt zu nichts, wenn wir noch länger über diese bereits oft erörterte Markenangelegenheit debattieren, wir wollen daher wenn niemand dagegen etwas einzuwenden hat, zum nächsten Punkt übergehen.

Reg. Chef: Ich möchte über die Finanzierungsangelegenheit in Sachen Saminawerk kurz berichten. Bankdirektor Schoch, welcher Vorführung diesbez. genommen hat im Auftrag der Regierung, ~~anlässlich~~ erwähnt, dass es um Kosten zu sparen interessant wäre, wenn Versicherungsgesellschaften einen grossen Teil der Anleihe übernehmen würden. Er kennt eine Gesellschaft, die 3 Millionen Anleihe zeichnen würde. Hiezu benötigt jedoch die Vers. Ges. von dem Versicherungsamt die Anerkennung der Liechtensteinischen-Anleihen in bezug auf Deckungsfähigkeit im Sinne des Vers. Gesetzes. Beim Versicherungsamt wurden diesbez. Schritte unternommen, die jedoch, wie Dir. Schoch schreibt, erfolglos verlaufen sind. Schoch hat dann mit der Volksbank und der Kantonalbank in St. Gallen verhandelt, diese wären grundsätzlich bereit, die Anleihe zu übernehmen. Es ist jedoch nötig, dass demnächst den betr. Bankdirektoren von Seiten des Landes, des Lawenawerkes und des neuen Saminawerkes Referate gehalten werden zur Aufklärung. Ich habe mir das so vorgestellt, dass ich hingehen würde und über die Staatsfinanzen referieren würde, ein Herr vom Lawenawerk vielleicht Präs. Bühler würde über dieses Werk referieren, und vielleicht der Projektant Ing. Eichenberger über das neue Saminawerk.

Da es sich jedoch bei dieser Sache um eine Anleihe in der Höhe von 6 Millionen handelt, soll die ganze Sache, bevor etwas definitives unternommen wird, der Volksabstimmung unterbreitet werden. Es ist dann noch nötig, dass der Landtag eine Kommission bestimmt, die die Saminawerkangelegenheit weiter vorbereitet und vorwärts bringt.

Abg. Kindle: Wir müssen zuerst wissen, wird gebaut oder nicht. Wenn das Volk dann für den Bau stimmt, kann immer noch eine Kommission gewählt werden.

Reg. Chef: Es ist nötig, dass die betr. Kommission die Sache für die Volksabstimmung vorbereitet, damit die Angelegenheit den Leuten klar vor Augen geführt werden kann.

Abg. H. Brunhart: Hat sich nicht Dir. Schoch für die nächste Zeit angemeldet?

Reg. Chef: Ich habe ihn ersucht, er möchte ev. im Landtag ein Referat halten.

Abg. H. Brunhart: Das wäre sehr zweckmässig.

Abg. Kindle: Die Variante des Baues muss auch noch bestimmt werden.

Reg. Chef: Es ist daher notwendig, dass raschestens eine Kommission bestimmt wird, die diese Sache weiter treibt.

Abg. Kindle: Wenn sich die Regierung die Kommission vorerst so vorstellt, dass Sie die ganze Angelegenheit abklären soll, bin ich einverstanden, nur mit der definitiven Baukommission ist es jetzt noch zu früh.

Reg. Chef: Die Kommission müsste folgendes machen: Vorarbeiten für die Volksabstimmung, die Finanzierungsfrage in Ordnung bringen. Schoch ist der Ansicht, man komme vielleicht um eine Garantie-Kommission herum. Es bestehen wirklich viele Fragen, mit welchen man sich intensiv beschäftigen muss. Die Regierung ist so überlastet, dass sie unmöglich die nötige Zeit und Ruhe hierfür aufbringt.

V. Chef Nigg: Wir haben auf der Berner-Dinastreise diese Sache besprochen. Auch die Projektierung muss auf einer anderen Basis aufgestellt werden. Es muss geordnet und zielbewusst vorgegangen werden. Im Verwaltungsrat des Lawenawerkes war man sehr enttäuscht, über die falschen Zahlen von welchen der Projektant ausgegangen ist. Es soll daher nochmals eine Studienkommission gewählt werden, die auch das Projekt so ausarbeitet, damit der Landtag auf wirklichen Grundlagen seine Beschlüsse fassen kann und auch für das Volk klare Unterlagen vorhanden sind. Auch der Verwaltungsrat des Lawenawerkes dringt sehr darauf, dass das Projekt vorwärts getrieben wird und macht darauf aufmerksam, dass sehr viel Geld für auswärtigen Strom ausgegeben wird. Die zu bestimmende Kommission hat sich dann die Frage zu stellen, wie kann das Projekt rasch gefördert werden, dass der Landtag und das Volk in kürzester Zeit hierzu Stellung beziehen kann.

Ers. Abg. Risch: Ich möchte noch fragen, sind die Wasserrechte betr. Saminabach abgeklärt?

Reg. Chef: Die spez. liegen 2 Gutachten vor die dahin tendieren, dass der Ueberlieger das Recht hat, über das Wasser zu verfügen. Das Bauen kann man uns nicht verwehren.

Abg. Kindle: Es freut mich zu hören, dass in die Saminawerk-sache ein anderes Tempo kommen soll.

V.Präs. Dr. Ritter: Ich nehme an, dass in nächster Zeit wieder eine Landtagsitzung sein muss. Bis dahin kann jede Fraktion die Männer für die Studienkommission bestimmen, sodass der Landtag in der nächsten Sitzung die Kommission wählen kann.

Reg. Chef: Dir. Schoch schreibt, dass die technische Orientierung der Bankdirektoren in St. Gallen wenn möglich nächste Woche stattfinden sollte. Es ist doch im Sinne des Landtages, dass die Finanzierung grundsätzlich weiter getrieben wird.

Abg. Sele: Ich habe die Auffassung, dass der Landtag grundsätzlich den Bau des Saminawerkes beschlossen hat.

Reg. Chef: Nein, es wurde beschlossen, die Planung weiter zu treiben.

Abg. Elkuch: Ein Jurist hat sich dahingehend geäußert, dass die Anleiheaufgabe im Inland erfolgen soll und nur was im Land nicht beschafft werden könnte, soll zur Zeichnung ins Ausland.

Reg. Chef: Ueber den Modus der Anleihe wird Dir. Schoch dann im Landtag sehr ausführlich sprechen.

Abg. Beck: Mich interessiert, ist man soweit dass man weiss, wo die Stauung des Saminabaches erfolgen soll?

Reg. Chef: Es gibt gar keine Stauung, nur ein kleines Becken.

Abg. H. Brunhart: Der Stausee wäre für später vorgesehen.

V.Präs. Dr. Ritter: Demnach ist das erste, dass der Landtag die Regierung ersucht, das Nötige zu veranlassen betr. der technischen Orientierung.

Reg. Chef: Wir würden zu dritt nach St. Gallen reisen. Präs. Bühler vom Lawenawerk würde über dieses referieren, Ing. Eichenberger über das Saminawerk und ich über die Staatsfinanzen Liechtensteins.

V. Präs Dr. Ritter: Ich möchte diese Sache zur Abstimmung bringen. Ist der Landtag dafür, dass die Regierung das Nötige vorkehrt, dass die technische Orientierung der Geldgeber im vorerwähnten Sinn und raschmöglichst erfolgen soll?

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

V. Präs. Dr. Ritter: Betr. der Wahl der Kommission, wäre ich den Herren der Fraktionen dankbar, wenn sie bis zur nächsten Sitzung betr. den zu wählenden Mitgliedern Vorschläge mitbringen könnten.

Abg. Kindle: Wieviel Mann sollen in diese Kommission gewählt werden ?

Reg. Chef: Ich würde diese Kommission nicht zu gross machen. Vielleicht 5 bis 6 Mann.

V. Präs. Dr. Ritter: Wir hätten nun noch den Termin der nächsten Sitzung festzulegen. Ich würde diesen Termin auf Montag, den 24. Februar 1947 vormittags 9 Uhr festlegen. Neue Einladungen erfolgen nicht, Programm ist das alte, zuzüglich Wahl der Saminawerkkommission.

Reg. Chef: Es wäre noch ein Problem, welches dringend erledigt werden sollte, die Landjahrdienstpflicht. Soll diese aufrecht erhalten bleiben oder was für Vorkehrungen sollen getroffen werden ?

Abg. Kindle: Mich würde in erster Linie interessieren, was in Bern gegangen ist.

Reg. Chef: Ich will kurz über unsere Bernerfahrt berichten. Wir sind am Freitagmorgen in Bern angetreten. Wir wurden in ein grosses Sitzungszimmer geführt, uns gegenüber haben 11 Vertreter der Schweiz Platz genommen, wir waren zu dritt, der Gesandte, V. Chef Nigg und ich. Wir haben vorher eine Note nach Bern gesandt welche die Aufhebung des Visumszwanges, sowie die Zollkordon am Rhein beinhaltet. Die Schweizer haben dann vorerst eine interne Konferenz abgehalten, bei welcher das Sündenregister Liechtensteins eingehend erörtert wurde. Jeder der Schweizerpartner hat dort uns gegenüber seine Klagen vorgebracht. Minister Zehnder war über die Menge der Vorwürfe erstaunt. Es konnte jedoch in der internen Vorkonferenz bis auf die Fremdenpolizei alles ziemlich geklärt werden, d.h. die Klagen erwiesen sich bei näherer Prüfung als nicht gerechtfertigt. Folgende Punkte wurden uns zur Hauptsache vorgeworfen: Wir hatten Diplomatenpässe an Ausländer ausgestellt, damit sie in unser Land herein kommen konnten. Wir haben demgegenüber erwidert, dass die Regierung im Jahre 1945 einen Beschluss gefasst habe, wonach keine Diplomatenpässe mehr an Ausländer ausgestellt werden dürfen, worauf die Schweizer sich diesbez. beruhigt haben. Es wurde uns weiter vorgeworfen, dass wir Pässe ausgestellt haben, die überhaupt nicht stimmen, ja es sei sogar vorgekommen, dass eine Person 2 bis 3 Pässe im Besitze habe. Demgegenüber haben wir erklärt, dass ein neues Passregister angelegt wurde, wodurch solche Sachen nicht mehr möglich seien.

Es kam dann das Kapitel Einbürgerungen zur Sprache. Die Schweiz ist betr. den Einbürgerungen sehr unter Druck gehalten von den Alliierten, diese wünschen nicht, dass Deutsche zur Umgehung des Washingtoner Abkommens eingebürgert werden. Seinerzeit, anno 1941 wurde vereinbart, dass das Land jährlich nicht mehr als 3 sog. Finanzeinbürgerungen vornehmen werde. Auch wegen der Umgehung der Bestimmung, wonach ein Ausländer, welcher eingebürgert werden soll, eine bestimmte Zeit vor der Einbürgerung im Land wohnen muss, wurden uns Vorhalte gemacht.

So wurden versch. Spezialfälle behandelt und eine zeitlang sind die Verhandlungen so gestanden, dass wir uns am Mittag rätig geworden sind, wenn die Verhandlungen am Nachmittag so weiter gehen werden, so werden wir unsere Note zurückziehen und die Verhandlungen unsererseits abbrechen. Am Nachmittag verliefen die Verhandlungen dann jedoch bedeutend besser und um 5 Uhr waren wir dann soweit gekommen, dass uns zugesichert wurde, dass auf 1. April 1947 die Grenze frei sein soll. Es wurde vereinbart, dass wir für die Ausländer einen Ausweis schaffen werden, auf welchem vermerkt ist, unter was für Bedingungen er sich in Liechtenstein aufhält. Für den Grenzübertritt ist für Ausländer vorgesehen, dass dieser Ausweis in Buchs abgestempelt wird.

Am Samstag hatten wir dann mit Min. Zehnder eine Konferenz. Min. Zehnder hat sich uns gegenüber dahingehend geäußert, dass er mit Bundesrat Petitpierre gesprochen habe und dieser wünsche, dass die Verhandlungen in freundschaftlichem Sinne geführt werden, dass Liechtenstein auf keinen Fall so behandelt werden soll, vom Standpunkt des Gross-Staates zum kleinen Staate, denn auch die Schweiz sei ein kleines Land. Die Verhandlungen an diesem Tag waren dann wirklich nett. Man hat über versch. Abkommen geredet, hat das Verhältnis Schweiz Liechtenstein besprochen, die Staatsfinanzen, die Warenumsatzsteuer und die Zollangelegenheiten wurden erörtert.

Das Politische Departement hat uns dann erklärt, wenn wir in irgend einem Fall meinen, dass wir nicht recht behandelt werden, sollen wir uns sofort an dieses Departement wenden. Mit Minister Zehnder haben wir dann auch wegen der Warenumsatzsteuer gesprochen, Min. Zehnder ist sehr gut im Bild über die verschiedenen Begünstigungen die das Land Liechtenstein genießt und hat uns daher den guten Rat gegeben, dass wir schauen sollen, dass wir mit 60% abschliessen können.

Wir sind dann von Bern weggegangen mit dem Eindruck, der Besuch in Bern hat bei allen 11 die uns gegenüber standen den Eindruck erbracht, dass das Verhältnis Schweiz - Liechtenstein nicht etwa gefährdet ist. Verpflichtungen sind wir unsererseits keine eingegangen.

V.Chef Nigg: Ich möchte noch kurz einiges bemerken über die Bernerreise. Es hat keinen Wert, die versch. Debatten ausführlich zu wiederholen, ich möchte jedoch nur sagen, dass z.B. die Klage und Rechtfertigung zwischen Brunner (Fremdenpolizei) und mir 2 volle Stunden gedauert hat. Am Nachmittag ist Brunner dann müde gewesen. Am Samstag, haben wir uns dann bei den Verhandlungen ausserordentlich nett unterhalten und konnten insbesondere feststellen, dass die Vorhalte der Fremdenpolizei an der richtigen Stelle abgeprallt sind. Es wurden Fälle ins Feld geführt, die fünf Jahre zurück liegen. Es wurde dann auch festgestellt, dass die Note betr. der Wegweisung im Jahre 1945 überhaupt nicht beantwortet wurde. Neun der elf beteiligten Schweizervertreter waren mit dem Vorgang der Fremdenpolizei (Brunner und Hofmann) nicht einverstanden.

Es wurden zur Hauptsache

~~unsererseits~~ 8 Punkte ins Feld geführt:

Betr. der Wegweisung, welche die Fremdenpolizei über unsere Köpfe hinweg verfügt hat,

Ausfertigungen von Domizilbestätigungen, betr. der diesbez. Differenz zwischen uns und der Schweiz, die rechtlich auch zu unseren Gunsten ausgelegt werden kann,

Aufenthalt und diesbez. Anmeldung, wobei einige Missverständnisse bestanden haben,

Unregelmässigkeiten im Kleinen Grenzverkehr,

dann war die innländische Kontrolle der springende Punkt. In dieser Sache hat am Samstag Min. Zehnder gesagt, sie begreifen vollständig, dass wir keinen Bundesvogt wollen,

die Frage der Einbürgerung, welche auf die weiteren Verhandlungen zurück gestellt wurde,

dann die Anwendbarkeit der Schweizerischen Gebührenordnung. Früher hat die Schweiz erklärt, dass sie auf die Anwendung dieser Gebührenordnung verzichte, jetzt jedoch soll diese Gebührenordnung auch für uns angewandt werden.

und als letztes, Liechtensteiner, die bisher durch die Schweiz nach Liechtenstein einreisen wollten, brauchten ein Visum hiezu, auf dieses Visum verzichten sie nun, mit Ausnahme von einigen Spezialfällen.

Wir unsererseits haben die Führung von Ausländerausweisen zugegeben, es ist dies jedoch keine Erschwerung für uns. Betr. der Aufhebung der Einreisesperre ist zu sagen, dass eine diesbez. Liste mit den Namen der mit "Einreisesperre" bedachten Liechtensteiner bei der Fremdenpolizei zum Studium liegt. Die Frage der Fristerstreckung für die Einbürgerungen, die ebenfalls behandelt wurde, ist noch in Schwebe.

Das sind so kurz die Hauptpunkte, die zur Sprache gekommen sind. Wir haben am Samstag mit den Vertretern des Politischen Departements gesprochen ~~an~~ wobei ausdrücklich betont wurde, dass unsere Souveränitätsrechte in keiner Weise geschmälert werden sollen und Bundespräsident Petit-Pierre liess uns ausdrücklich erklären, dass wir in keiner Weise unter Druck gesetzt werden dürfen. Wir haben somit die hinreichenden Zusicherungen für eine gedeihliche Zusammenarbeit bekommen. Betr. der Beteiligung an der Wurst ist zu berücksichtigen, dass z.B. die Schweiz an die Brotpreise einen bedeutenden Betrag von Staats wegen leistet, der natürlich auch Liechtenstein zugute kommt. Es wurde uns daher der Rat erteilt, auf die 60% einzutreten und von der Schweiz wenn möglich die Erklärung verlangen, dass hiemit allen Ansprüchen der Schweiz Rechnung getragen wird.

V. Präs. Dr. Ritter: Ich danke den Herren der Regierung für den ausführlichen Bericht. Der Landtag kann mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, dass die ziemlich undankbare Mission doch schlussendlich von Erfolg begleitet war und eine erfreuliche Abklärung der verworrenen Situation gebracht hat. Wenn die Verhandlungen durch ein kleines Gewitter eingeleitet worden ~~waren~~ sind, hat es nichts geschadet und nur zur schlussendlichen Klärung beigetragen. Es ist daher erfreulich feststellen zu können, dass im grossen und ganzen die Mission der Herren ein positives Ergebnis gezeitigt hat.

Abg. Kindle: Glaubt ihr, dass die Herren von der Fremdenpolizei, Brunner und Hofmann ehrenken werden?

Reg. Chef: Brunner hat den Auftrag erhalten, das Abkommen vom Jahre 1941 abzuändern, resp. eine diesbez. Vorlage zu schaffen. Diese neue Vorlage muss er rasch den kompetenten Stellen vorlegen.

V. Präs. Dr. Ritter: Wünscht noch jemand sich zu dieser Sache zu äussern, wenn nicht schliesse ich die heutige Sitzung.

Schluss der Sitzung $\frac{1}{2}$ 6 Uhr.

Minder
Brunner